

# HOCHSCHULSPIEGEL

ORGAN DER SED-PARTEILEITUNG DER TECHNISCHEN HOCHSCHULE KARL-MARX-STADT

Nr. 3

Februar 1968

Preis 10 Pfennig

In dieser Ausgabe:

Seite 2:  
Konkrete Vorschläge

Seite 3:  
Bruderarmeen auf Friedenswacht



## Das Volk hat das Wort

### Erklärung des Akademischen Senats zum Entwurf der neuen, sozialistischen Verfassung

Der Akademische Senat der Technischen Hochschule Karl-Marx-Stadt begrüßt die Ausführungen Walter Ulbrichts auf der 7. Volkskammertagung zur Begründung des Entwurfes der ersten sozialistischen Verfassung in der Geschichte unseres Volkes. Die neue Verfassung als Gesetz aller Gesetzte weist unserem sozialistischen Vaterland den Weg zum entwickelten gesellschaftlichen System des Sozialismus und gibt damit auch allen fortschrittlichen Kräften Westdeutschlands Kraft und Zuversicht im Kampf zur Überwindung des imperialistischen Herrschaftssystems. Die Mitglieder des Akademischen Senats rufen alle Angestellten der Technischen Hochschule auf, den Entwurf der sozialistischen Verfassung der Deutschen Demokratischen Republik gründlich zu studieren und auszuwerten und zur Gewinnung der Lösung unserer umfangreichen Probleme in Beziehung, Lehre und Forschung zu streben. Als Hochschullehrer wissen wir besonders zu wünschen, daß die erste Verfassung der Deutschen Demokratischen Republik die Voraussetzung dafür schafft, daß unter Führung der Arbeiterklasse und ihrer Partei Wissenschaft und Bildung zu einer in der Geschichte Deutschlands noch nie erreichten Höhe gebracht werden. Die neue sozialistische Verfassung ist uns daher um so mehr Verpflichtung, die komplizierten Aufgaben



Der Erste Sekretär des ZK der SED und Vorsitzende des Staatsrates der DDR, Genosse Walter Ulbricht, während seiner bedeutenden Rede auf der historischen 7. Sitzung der Volkskammer.

Foto: Zentralbild

der Profilierung in Forschung und Lehre zu meistern. Wir werden all unsere Kräfte noch stärker auf die strukturbestimmenden Schwerpunkte der Volkswirtschaft konzentrieren und unsere Technische Hochschule immer mehr zum Zentrum der Aus- und Weiterbildung sowie der Forschung auf folgenden Gebieten entwickeln:

- Fertigungstechnik und -organisation des Maschinenbaus
- Verarbeitungstechnik
- Elektronische Bauelemente und Mikroelektronik
- Informationstechnik und Datenverarbeitung
- Ausbildung von Lehrern der technischen und naturwissenschaftlichen Disziplinen.

Damit werden wir am besten unserer großen Verantwortung gerecht, die Wissenschaft und deren rasche praktische Nutzung als wesentliche Grundlage unserer gesellschaftlichen Entwicklung mit höchster Effektivität zu gestalten. Das sind gegenwärtig die Hauptbereiche, in denen sich unsere schöpferische Aktivität zu führen und zu vertiefen ist. Die Beschlüsse der Deutschen Demokratischen Republik enthalten

Alle Wissenschaftler und Studenten der Technischen Hochschule in die Lösung dieser Aufgaben einzubeziehen, sie dafür zu begeistern und zu beteiligen, ist oberstes Anliegen aller Hochschullehrer. Wir verpflichten uns gemeinsam mit den gesellschaftlichen Organisations in allen Bereichen unserer Bildungsstätte eine gründliche Diskussion des Verfassungsentwurfes zu führen, die dazu beitragen wird, unsere Hauptaufgaben besser zu lösen und allen Angehörigen der Hochschule erneut sichtbar macht, daß schöpferisches Denken und aktives Handeln das Leitmotiv sozialistischer Verantwortung im sozialistischen Staat deutscher Nation bilden. Besonders unsere Studenten weist die sozialistische Verfassung Weg und Richtung ihres künftigen Lebens. Als Hochschullehrer obliegt uns daher die besondere Verpflichtung, alle Studenten zu einem festen Klassenstandpunkt zu erziehen, denn nur so werden die künftigen Wissenschaftler und Ingenieure befähigt, in der harten Klassenkampf auf Ersetzung mit dem Imperialismus all ihre Kräfte zum Wohle unserer sozialistischen Deutschen Demokratischen Republik einzusetzen.

(Fortsetzung der Verfassungsdiskussion auf Seite 2)



## Parteiwahlen 1968

Die Parteimitglieder sollen dazu beitragen, die Aktivität der Mitglieder und Kandidaten unserer Partei und ihre Kampfkraft zu erhöhen. Sie sollen die Grundorganisationen befähigen, mit allen Bürgern unseres Staates eng und kameradschaftlich zusammenzuarbeiten, um die Deutsche Demokratische Republik, unser sozialistisches Vaterland, allseitig zu stärken (aus dem Brief W. Ulbrichts an die Grundorganisationen).

In vielen Parteigruppen unserer Grundorganisationen sind die Wahlen abgeschlossen. Ein erster Überblick zeigt, daß überall dort, wo die Genossen es verstanden, der Geist des offenen Briefes Walter Ulbrichts und der Verfassungsdiskussion in die Versammlungen hineinkam, die Probleme am gründlichsten behandelt wurden. Dort herrschte auch eine offene, kritische Atmosphäre, und die Arbeitsschritte bildeten eine gute Grundlage dafür, daß alle Mitglieder und Kandidaten mit noch größerer Kraft und Effektivität zur Lösung der vor der Hochschulparteiorganisation stehenden großen Aufgaben beitragen werden.

In Erfüllung der Beschlüsse des VII. Parteitag:

## Bedeutsamer Vertrag mit dem VEB Zeiss Jena abgeschlossen

Eine „Koordinierungsvereinbarung über wissenschaftlich-technische Zusammenarbeit“ wurde nach gründlicher gemeinsamer Vorbereitung zwischen dem VEB Carl Zeiss Jena und unserer Hochschule am 7. Februar abgeschlossen. Dieser Vertrag, der für die sozialistische Gemeinschaftsarbeit von Hochschulwesen und Industrie beispielgebend ist, dient der Schaffung des wissenschaftlich-technischen Kontakts und erfüllt somit eine wesentliche Forderung des VII. Parteitages der SED. Er ist zugleich, wie Magnifere Genosse Prof. Dr. Jäckel bei der Begründung der zum festlichen Anlaß erschienenen Gäste sagte, ein Beitrag zur Verwirklichung unserer neuen, sozialistischen Verfassung, deren Entwurf wir gegenwärtig in einer breiten Volkswirtschaft beraten.

In seiner Festsprache vor der feierlichen Unterzeichnung des Vertrags übermittelte der Direktor für Forschung und Entwicklung, Prof. Dr. h. c. G. G. G. G., die herzlichsten Grüße des Generaldirektors und aller Werktätigen des VEB Carl Zeiss Jena zum Anlaß und zur Bedeutung der Vereinbarung mit unserer Hochschule erklärte er auch die Wirkung der bereits bestehenden guten Verbindungen zwischen den beiden Vertragspartnern.

Die vor uns liegende Koordinierungsvereinbarung enthält die Festlegung für eine enge Zusammenarbeit mit dem Ziel, sie auf eine qualitativ höhere Stufe zu stellen. Die wissenschaftlich-technische Revolution ist der Ausgangspunkt für ein näheres Zusammenrücken von Hochschul- und Industrieforschung, von Grundlagenforschung und angewandter Forschung in untrennbarer Einheit mit der Lehre. Im Seminar des ZK der SED und des Ministerates der DDR für leitende Kader der Partei, des Staates und der Wirtschaft zur Durchführung der Beschlüsse des VII. Parteitages und der 2. Tagung des ZK der SED hat der Staatsratsvorsitzende, Genosse Walter Ulbricht, mit Nachdruck gefordert, daß in stärkerem Maße als bisher die Grundlagenforschung aller Forschungseinrichtungen, insbesondere auch die im Bereich des Hochschulwesens, auf die Bedürfnisse der Volkswirtschaft unserer Republik orientiert wird, daß das Forschungspotential auf solche Aufgaben ausgerichtet wird, von deren Lösung das schnelle Wachstum der Produktion in den strukturbestimmenden Zweigen der Volkswirtschaft der DDR abhängt.

Für unsere Technische Hochschule wird dieser Vertrag mit Zeiss Anlaß sein, zum auch mit solchen strukturbestimmenden Industriezweigen wie WMW und Textilm die bereits bestehenden vertraglichen Beziehungen mit der TH auf eine höhere Stufe zu heben und eine bedeutendere engere Zusammenarbeit zur weiteren Stärkung unserer sozialistischen DDR herbeizuführen.



423

## Der Parteigruppenarbeit mehr Aufmerksamkeit zollen

### Zu einigen Wahlversammlungen in unseren Parteigruppen

Von dieser Feststellung ausgehend verdienen die Wahlversammlungen unserer Parteigruppen besondere Beachtung. Nicht deshalb etwa, weil – wie man meinen könnte – dort „alles in Ordnung“ war. Nein, auch dort gab es Mängel und Schwächen in Bericht und Diskussion. Besondere Beachtung verdienen sie aber deshalb, weil dort die Forderung deutlich wurde, der Arbeit der Parteigruppen der Studenten grundsätzlich mehr Aufmerksamkeit zu schenken und ihnen größere Unterstützung als bisher zu geben. Obwohl es auch hierzu gute Beispiele bei uns gibt, muß mit den Parteiwahlen erreicht werden, daß die noch vorhandene Unterschätzung dieser wichtigen Aufgabe in allen Grundorganisationen endgültig überwunden wird.

In der Wahlversammlung der Genossen Studenten an der Fakultät für Technologie wurde mit Recht festgestellt, daß es notwendig ist, die Parteigruppenberatungen regelmäßig durchzuführen und die Hauptfragen der Parteiarbeit und des Studiums kontinuierlich gemeinsam zu beraten.

Vielach werden zeitliche Schwierigkeiten zum Anlaß genommen, keine regelmäßigen Beratungen der Parteigruppen durchzuführen. Daß es trotz Schwierigkeiten möglich ist, regelmäßige Zusammenkünfte der Genossen zu organisieren und kontinuierliche Parteigruppenarbeit zu leisten, bewies die Parteigruppe, in die als Gruppenorganisator der Genosse Michael Büttner (84/27) wirkt. Und nicht nur dies. Bemerkenswert ist ebenso, daß alle Genossen dieser Parteigruppe bisher auch den an sie im Studium gestellten Anforderungen nachgekommen sind. Sie verwirklichten die Forderung, die unsere

Partei an jeden Genossen stellt: Vorbild zu sein, daß heißt vor allem nach hohen Studienleistungen zu streben, politische Aktivität zu entwickeln und dafür zu sorgen, daß diese Hauptfragen auch in den FDJ-Gruppen behandelt werden.

In diesem Zusammenhang war auch das Auftreten des Genossen Obermaier (86/30) von Bedeutung. Er schätzte ein, daß eine entscheidende Ursache anfänglich schlechter Leistungen vor allem eine falsche Grundeinstellung zum Studium ist. Er wies nach, daß die politisch-ideologische Klärung eine Grundvoraussetzung ist, um das Studium mit hoher Effektivität zu absolvieren. Das heißt, daß die ideologische Arbeit in den Parteigruppen und die Erhöhung ihrer politischen Ausstrahlung von größter Bedeutung sind.

(Fortsetzung auf Seite 3)

## Am Rande großer Ereignisse

Von Gen. Dr. phil. habil. Johannes Müller, Leiter der Abt. Philosophie am Institut für Marxismus-Leninismus

Mit dem zwischen dem VEB Carl Zeiss Jena und unserer Hochschule unterzeichneten Vertrag wurde etwas Aukundig, woeüber es lohnt, am Rande einige Bemerkungen zu machen. Der Erste Sekretär des Zentralkomitees unserer Partei hatte in seiner Rede an der TU Dresden die Forderung ausgesprochen, an unserer Hochschule hütete sich die Verwirklichung in aller Stille schon angebahnt, die 4. Tagung des ZK forderte es noch einmal: die Gemeinschaftsarbeit zwischen technischen Wissenschaftlern und Gesellschaftswissenschaftlern wird in Zukunft in immer stärkerem Maße nicht mehr nur in der Lehre und Erziehung sondern auch in der Forschung notwendig.

Nun hat es der Vertrag offen zum Ausdruck gebracht. Die Gesellschaftswissenschaftler unserer Hochschule müssen wichtige Aufgaben bei der Verwirklichung des Vertrages übernehmen. So erfordert z. B. die Einführung der elektronischen Datenverarbeitung in die technische Vorbereitung von Vorlesungen durch die Philosophie. Der gedankliche Prozeß des Technologen oder des Konstrukteurs kann, wenigstens in bestimmten Teilen, erst dann formalisiert und dem elektronischen Rechner übergeben werden, wenn der Prozeß selbst in seiner Struktur aufgeklärt ist. Das ist natürlich Sache der Philosophen, der Sozialisten und der Psychologen.

Es ist deshalb kein Wunder, daß in den Gesprächen, die nach der Unterzeichnung des Vertrages in zwangloser Runde geführt wurden, nicht gefragt wurde: Was sollen uns denn die Philosophen bzw. die Gesellschaftswissenschaftler überhaupt schon nutzen? Das war durch unsere Forschungsarbeit der letzten zwei Jahre schon längst außer Zweifel. Zur Debatte stand vielmehr z. B. in der Diskussion: Wann kommen eure Untersuchungen zur Prozedurlogik bzw. zur stochastischen Prozedurlogik über die Möglichkeit der Darstellung von Begriffen im elektronischen (Fortsetzung auf Seite 4)